












# MEDIENSPIEGEL

10.11.2017

Schweizerische Offiziersgesellschaft  
Generalsekretariat SOG  
Rosenbergstrasse 85  
Postfach 20  
9001 St. Gallen

Lieferschein-Nr.: 10480765      Ausschnitte: 11  
Auftrag: 3007490              Folgeseiten: 12  
Themen-Nr.: 330.3              Total Seitenzahl: 23

---

	10.11.2017	Freiburger Nachrichten Feier zum Gedenken an die Gefallenen	01
	10.11.2017	Zürichsee-Zeitung / Obersee «Erneutes Hinschauen ist nötig»	02
	09.11.2017	Der Bund Das teuerste Rüstungspaket der Geschichte	03
	09.11.2017	derbund.ch Das teuerste Rüstungspaket der Geschichte	06
	09.11.2017	Tages-Anzeiger Das teuerste Rüstungspaket der Geschichte	09
	08.11.2017	arcinfo.ch Avions de combat: la droite satisfaite, la gauche pas, référendum en vue	12
	08.11.2017	ATS / Agence Télégraphique Suisse La droite satisfaite, la gauche pas - Référendum en vue	14
	08.11.2017	lacote.ch Avions de combat: la droite satisfaite, la gauche pas, référendum en vue	16
	08.11.2017	Zürichsee-Zeitung / Bezirk Meilen «Erneutes Hinschauen ist nötig»	18
	07.11.2017	lacote.ch Le patron de l'entreprise Charrière devient brigadier à l'armée	19
	07.11.2017	lacote.ch Yves Charrière prend du galon	22



Express

## Feier zum Gedenken an die Gefallenen

**FREIBURG** Am Sonntagmorgen findet in Freiburg die alljährliche Feier «In Memoriam» zum Gedenken an alle Wehrmänner und Uniformierten wie Polizisten und Feuerwehrmänner statt, die in Ausübung ihrer Dienstpflicht gestorben sind. Der Anlass wird von der Freiburgischen Offiziersgesellschaft organisiert. Um 9.30 Uhr beginnt die Feier mit einer Fahnenübergabe durch die Freiburger Grenadiere vor dem Rathaus. Anschliessend findet in der Kathedrale die Gedenkmesse statt, die von der Landwehr musikalisch begleitet wird. *uh*



## «Erneutes Hinschauen ist nötig»

### Zu «Rüstungsfirma hat Parlamentarier hinters Licht geführt»

Ausgabe vom 31. Oktober

Bundesbern kann sich glücklich schätzen, dass es immer noch echte Milizpolitiker gibt, die mit ihrer beruflichen Führungserfahrung und unternehmerischen Verantwortung in der Lage sind, solche haarsträubende VBS-Projekte zu hinterfragen und auszu-leuchten. Transportunternehmer und SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner fordert Transparenz. Leider wirken die sich häufenden Pannen mit Armeeprojekten nicht vertrauensbildend aus. Die verdampften 800 Millionen Steuergelder für das desolat ausgearbeitete Führungs- und Informationssystem der Armee, das infolge unsorgfältiger und sträflicher Umsetzung und Überforderung der VBS-Projektverantwortlichen gestoppt werden musste, lassen grüssen.

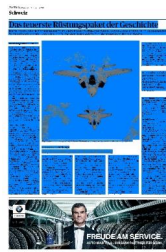
Nun die wirtschaftlich und investitionsmässig unsägliche Kampfwertsteigerung von 2200 Duro-Transportfahrzeugen für weit über 220 000 Franken pro Fahrzeug und mit einer halben Milliarde Projektkosten. Kommt dazu, dass der Auftrag unter der Hand im Filzmodus mit starkem Druck aus der Ostschweiz an die Mowag vergeben worden ist. Die CVP-Ständerätin Brigitte Häberli, eine ehemalige Flötenlehrerin, ist zufälligerweise Präsidentin der Mowag-Vorsorgestiftung. Die Modernisierungskosten sind bedeutend höher als der Anschaffungspreis! Dazukam der Skandal

über die Stromversorgung der kampfwertgesteigerten Duros.

Erfreulicherweise waren damals linke wie rechte Parlamentarier über solche Vernebelungsaktionen erobert und forderten Transparenz. Leider ist dieses Geschäft mit Kosten von gegen einer halben Milliarde im Parlament gutgeheissen worden. Sollten sich solche Affären wiederholen, brauchen wir gar keine linken Armeeabschaffungskräfte mehr. Mit solchen Fehlschlägen schafft die Armee das Vertrauen in die Milizarmee ab, was in einer direkten Demokratie fatale Folgen bei Abstimmungen über die Armee haben wird. Die aktuelle und zukünftige Bedrohungslage brauchen andere sicherheitspolitische Massnahmen.

Terrorismus und Cyberwar benötigen schwerpunktmässige Abwehrinvestitionen. Die Schweiz kann in naher Zukunft durch Cyberangriffe im elektronischen Zeitalter ohne einen Schuss lahmgelegt und widerstandslos gemacht werden. Die USA, China, Russland und die Nato haben das begriffen. So haben russische Hacker in den USA ganze Stromnetze unterbrochen. Die Nato hat den Cyberangriff auf ein Mitgliedsland als Vertragsfall gemäss Artikel 5 des Nordatlantiktropaktes als Kriegseintritt festgehalten. Die halbe Milliarde für den Duro, die bewilligten Mörser über 350 Millionen und die überdimensionierten Munitionskäufe sind Ausdruck eines veralteten Reutrikriegsbildes.

*Roger E. Schärer, Oberst a. D.,  
Alt-Präsident Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer,  
Feldmeilen*

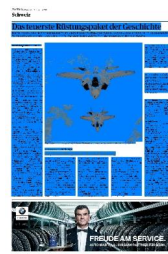


## Das teuerste Rüstungspaket der Geschichte

Der Bundesrat stellt die Weichen für den Ersatz aller schweren Waffensysteme der Schweizer Armee. 8 Milliarden Franken reserviert er für die Luftwaffe, weitere 7 bis 8 Milliarden für das Heer. Ob das Volk darüber abstimmen kann, bleibt noch offen.



Das teuerste Kampfflugzeug der Welt: Auch den F-35 nimmt der Bundesrat in die engere Auswahl. Foto: Yonhap, Keystone, EPA



## Markus Häfliger und Markus Brotschi

Es ist das grösste und teuerste Rüstungspaket der Schweizer Militärgeschichte. Der Bundesrat hat am Mittwoch formell entschieden, 15 bis 16 Milliarden Franken in die Luftwaffe und die Bodentruppen zu investieren. Praktisch alle grossen Waffensysteme sollen ersetzt werden – und das innert nur einem Jahrzehnt: in den Jahren 2023 bis 2032.

Bis jetzt war vor allem von neuen Kampffjets und Flugabwehrraketen die Rede. Für diesen Teil der militärischen Einkaufsliste reserviert die Regierung nun 8 Milliarden. Doch die Rüstungspläne gehen viel weiter. Denn auch die Leopard-Panzer, Artilleriegeschütze und weitere Waffensysteme der Bodentruppen erreichen in den 2020er-Jahren das Ende ihrer Lebensdauer. Für die Bedürfnisse des Heeres plant der Bundesrat weitere 7 bis 8 Milliarden ein. Es gehe nicht nur um «die Zukunft der Luftverteidigung», sondern «der Armee als Ganzes», sagte Verteidigungsminister Guy Parmelin (SVP) vor den Medien.

Dem Entscheid waren kontroverse Diskussionen vorausgegangen. Im ersten Anlauf kam Parmelin Anfang September im Bundesrat nicht durch. Auch am Mittwoch meldeten sich erneut vier Bundesräte mit kritischen Mitberichten zu Wort, unter ihnen auch der Neuling Ignazio Cassis. Am Ende kürzte der Bundesrat den Finanzrahmen für die Luftverteidigung zwar von 9 auf 8 Milliarden. Trotz dieser Retusche ist der Entscheid aber ein grosser Erfolg für Parmelin.

### Ein Blankocheck?

Das Besondere daran ist, dass überhaupt nicht klar ist, welche und wie viele Jets, Raketen und andere Waffensysteme gekauft werden sollen. Kritiker wie die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) sprechen deshalb von einem «Blankocheck». Das Verteidigungsdepartement (VBS) hingegen

wollte zuerst die finanziellen Rahmenbedingungen klären, bevor es die Detailplanung überhaupt in Angriff nimmt.

Als Erstes wird das VBS nun die Luftverteidigung planen und entscheiden, wie es die 8 Milliarden auf Flugzeuge und Fliegerabwehr verteilt. Laut einem Expertenbericht vom Mai 2017 reichen 8 Milliarden für rund 30 Jets sowie ein Raketensystem für 2 Milliarden. Nächstes Jahr wird das VBS nun fünf Kampffjethersteller einladen, Angebote zu unterbreiten. Mit dem F-35 von Lockheed-Martin ist auch das teuerste Kampfflugzeug der Welt im Rennen. Ausserdem kommen der Eurofighter von EADS, der Rafale von Dassault, der Gripen von Saab und die F/A-18 Super Hornet von Boeing zum Handkuss. Im Jahr 2020 will der Bundesrat einen von diesen fünf Typen auswählen, ab 2025 sollen dann die ersten Kampfflieger ausgeliefert werden.

Die grosse Frage ist, ob das Volk vorgängig darüber abstimmen kann. Parmelin wollte dies ermöglichen, indem er den 8-Milliarden-Budgetrahmen für die Luftverteidigung dem Parlament in Form eines Planungsbeschlusses unterbreiten wollte. Dagegen könnte das Referendum ergriffen werden. Doch seine Kollegen verlangen nun, dass ihnen Parmelin Alternativen aufzeige – auch solche, die keine Abstimmung ermöglichen.

Der Bundesrat hat am Mittwoch auch die Frage beantwortet, wie die Grossinvestition finanziert werden soll. Normalerweise steht der Armee pro Jahr rund 1 Milliarde für Rüstungskäufe

**Die Bundesratskollegen verlangen von Parmelin, dass er ihnen Alternativen aufzeigt – auch solche, die keine Abstimmung vorsehen.**

zur Verfügung. Bei Ausgaben von 16 Milliarden in zehn Jahren würden also 6 Milliarden fehlen. Diese zusätzlichen Mittel will der Bundesrat generieren, indem er das Militärbudget ab 2021 pro Jahr um real 1,4 Prozent pro Jahr anhebt. Damit werden die Verteidigungsausgaben von heute 5 Milliarden bis 2032 auf real 5,9 Milliarden Franken ansteigen.

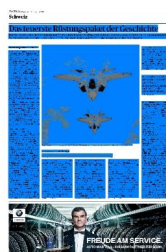
### Zu viel! Zu wenig!

Die Reaktionen auf diese Pläne fallen sehr kontrovers aus. FDP, SVP und die Offiziersgesellschaft zweifeln, ob der vorgesehene Kostenrahmen ausreicht. Die SVP begrüsst den Bundesratsentscheid als ersten Schritt. SVP-Nationalrat Werner Salzmann stellt als Bedingung, dass mindestens 50 bis 60 Jets beschafft werden. Salzmann kann mit einer Volksabstimmung über den Kredit zur Luftraumverteidigung leben. FDP-Nationalrat Walter Müller spricht von einer «halbherzigen Absichtserklärung». Offenbar habe der Bundesrat 8 statt 9 Milliarden vorgesehen, um 1 Milliarde für die Olympischen Spiele in Sion freizumachen. Auch von der Idee einer referendumsfähigen Vorlage hält Müller nichts. Es handle sich um ein «selektives Finanzreferendum» für Rüstungskäufe.

Stefan Holenstein, Präsident der Offiziersgesellschaft, sieht den Beschluss zwar als Bekenntnis zur integrierten Luftraumverteidigung, kritisiert jedoch den Kostenrahmen. Sowohl die 8 Milliarden wie auch das Budgetwachstum von 1,4 Prozent würden nicht ausreichen.

SP, Grüne und die GSoA sehen den Bundesratsentscheid als Missachtung des Volkswillens. Für sie ist deshalb eine referendumsfähige Vorlage zwingend. Für die SP sind Parmelins Pläne völlig überdimensioniert, da die F/A-18 noch bis mindestens 2035 weiterfliegen könnten. Für die Armee sei nichts zu schön und zu teuer, während der Bundesrat bei Bildung und Entwicklungshilfe spare, kritisieren die Grünen.





**Kommentar** *Daniel Foppa*

## Guy Parmelins grösste Herausforderung

Jetzt geht es für die Luftwaffe um alles oder nichts. 2030 werden die letzten F/A-18 ausgemustert. Wird jetzt nicht die Beschaffung eines Nachfolgers initiiert, hat die Schweiz dannzumal keine Kampfjets mehr. Nun mag man einwenden, das wäre nicht weiter schlimm, da auf absehbare Zeit kein militärischer Konflikt drohe. Wer so argumentiert, blendet aus, dass die Luftwaffe luftpolizeiliche Aufgaben übernimmt, die nicht delegiert werden können - zur Sicherung des Luftverkehrs und zum Schutz internationaler Konferenzen. Zudem macht es keinen Sinn, Bodentruppen auszubilden, ohne sie im Ernstfall aus der Luft schützen zu können.

Die Erneuerung der Luftwaffe ist also notwendig. Der Bundesrat will dafür acht Milliarden Franken aufwenden - eine Milliarde weniger als vom Verteidigungsminister beantragt. Die Reduktion erscheint sinnvoll, denn mit acht Milliarden kann in etwa der Status quo gehalten werden. Ein Ausbau wäre weder sicherheitspolitisch notwendig noch finanzpolitisch vertretbar. Überrasen erscheinen hingegen die Milliarden, die der Bundesrat für schwere Waffen ausgeben will. Die Bedrohungslage liefert keine Argumente für solche Grossinvestitionen in Panzer und Haubitzen.

Verteidigungsminister Guy Parmelin steht vor der grössten Herausfor-

derung seiner Karriere. Das Gripen-Fiasko von 2014 sollte ihm ebenso zu denken geben wie finanzpolitische Bedenken, die bis weit in bürgerliche Kreise reichen. Will Parmelin erfolgreich sein, muss er eine von Lobbyisten befeuerte Debatte zur Typenwahl vermeiden. Er muss darlegen, weshalb die Luftwaffe unverzichtbar ist, wieso es zu deren Erneuerung acht Milliarden braucht und wie sie in die europäische Sicherheitsarchitektur eingebettet sein soll. Und er muss nach mehreren Beschaffungsspannen verlorenes Vertrauen wieder aufbauen.

Dem Verteidigungsminister steht viel Arbeit bevor.

## Das teuerste Rüstungspaket der Geschichte

8 Milliarden Franken reserviert der Bundesrat für die Luftwaffe, weitere 7 bis 8 Milliarden für das Heer. Ob das Volk darüber abstimmen kann, lässt die Landesregierung noch offen.



Das teuerste Kampfflugzeug der Welt: Auch den F-35 nimmt der Bundesrat in die engere Auswahl. Foto: Yonhap, Keystone, EPA

Markus Häfliger

Korrespondent Bundeshaus

@M\_Haefliger Markus Brotschi

Bundeshausredaktor

@derbund Bern 09.11.2017

Es ist das grösste und teuerste Paket der Schweizer Militärgeschichte. Der Bundesrat hat am Mittwoch formell entschieden, 15 bis 16 Milliarden Franken in die Luftwaffe und die Bodentruppen zu investieren. Praktisch alle grossen Waffensysteme sollen ersetzt werden – und das innert nur einem Jahrzehnt: in den Jahren 2023 bis 2032.

Bis jetzt war vor allem von neuen Kampffjets und Flugabwehrraketen die Rede. Für diesen Teil der militärischen Einkaufsliste reserviert die Regierung nun 8 Milliarden. Doch die Rüstungspläne gehen viel weiter. Denn auch die Leopard - Panzer, Artilleriegeschütze und weitere Waffensysteme der Bodentruppen erreichen in den 2020er - Jahren das Ende ihrer Lebensdauer. Für die Bedürfnisse des Heeres plant der Bundesrat weitere 7 bis 8 Milliarden



ein. Es gehe nicht nur um « die Zukunft der Luftverteidigung », sondern « der Armee als Ganzes », sagte Verteidigungsminister Guy Parmelin (SVP) vor den Medien.

Diese fünf Jets lässt Bundesrat Parmelin testen. (Video: Tamedia/AFP/Saab/Lockheed Martin)

Dem Entscheid waren kontroverse Diskussionen vorausgegangen. Im ersten Anlauf kam Parmelin Anfang September im Bundesrat nicht durch. Auch am Mittwoch meldeten sich erneut vier Bundesräte mit kritischen Mitberichten zu Wort, unter ihnen auch der Neuling Ignazio Cassis. Am Ende kürzte der Bundesrat den Finanzrahmen für die Luftverteidigung zwar von 9 auf 8 Milliarden. Trotz dieser Retusche ist der Entscheid aber ein grosser Erfolg für Parmelin.

Ein Blankocheck?

Das Besondere daran ist, dass überhaupt nicht klar ist, welche und wie viele Jets, Raketen und andere Waffensysteme gekauft werden sollen. Kritiker wie die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) sprechen deshalb von einem « Blankocheck ». Das Verteidigungsdepartement (VBS) hingegen wollte zuerst die finanziellen Rahmenbedingungen klären, bevor es die Detailplanung überhaupt in Angriff nimmt.

Als Erstes wird das VBS nun die Luftverteidigung planen und entscheiden, wie es die 8 Milliarden auf Flugzeuge und Fliegerabwehr verteilt. Laut einem Expertenbericht vom Mai 2017 reichen 8 Milliarden für rund 30 Jets sowie ein Raketensystem für 2 Milliarden. Nächstes Jahr wird das VBS nun fünf Kampfflugzeughersteller einladen, Angebote zu unterbreiten. Mit dem F-35 von Lockheed-Martin ist auch das teuerste Kampfflugzeug der Welt im Rennen. Ausserdem kommen der Eurofighter von EADS, der Rafale von Dassault, der Gripen von Saab und die F/A-18 Super Hornet von Boeing zum Handkuss. Im Jahr 2020 will der Bundesrat einen von diesen fünf Typen auswählen, ab 2025 sollen dann die ersten Kampfflugzeuge ausgeliefert werden.

Die grosse Frage ist, ob das Volk vorgängig darüber abstimmen kann. Parmelin wollte dies ermöglichen, indem er den 8-Milliarden-Budgetrahmen für die Luftverteidigung dem Parlament in Form eines Planungsbeschlusses unterbreitet. Dagegen könnte das Referendum ergriffen werden. Doch seine Kollegen verlangen nun, dass ihnen Parmelin Alternativen aufzeige – auch solche, die keine Abstimmung ermöglichen.

Der Bundesrat hat am Mittwoch auch die Frage beantwortet, wie die Grossinvestition finanziert werden soll. Normalerweise steht der Armee pro Jahr rund 1 Milliarde für Rüstungskäufe zur Verfügung. Bei Ausgaben von 16 Milliarden in zehn Jahren würden also 6 Milliarden fehlen. Diese zusätzlichen Mittel will der Bundesrat generieren, indem er das Militärbudget ab 2021 pro Jahr um real 1,4 Prozent pro Jahr anhebt. Damit werden die Verteidigungsausgaben von heute 5 Milliarden bis 2032 auf real 5,9 Milliarden Franken ansteigen.

Zu viel! Zu wenig!

Die Reaktionen auf diese Pläne fallen sehr kontrovers aus. FDP, SVP und die Offiziersgesellschaft zweifeln, ob der vorgesehene Kostenrahmen ausreicht. Die SVP begrüsst den Bundesratsentscheid als ersten Schritt. SVP-Nationalrat Werner Salzmann stellt als Bedingung, dass mindestens 50 bis 60 Jets beschafft werden. Salzmann kann mit einer Volksabstimmung über den Kredit zur Luftraumverteidigung leben. FDP-Nationalrat Walter Müller spricht von einer « halbherzigen Absichtserklärung ». Offenbar habe der Bundesrat 8 statt 9 Milliarden vorgesehen, um 1 Milliarde für die Olympischen Spiele in Sion freizumachen. Auch von der Idee einer referendumsfähigen Vorlage hält Müller nichts. Es handle sich um ein « selektives Finanzreferendum » für Rüstungskäufe.

Stefan Holenstein, Präsident der Offiziersgesellschaft, sieht den Beschluss zwar als Bekenntnis zur integrierten Luftraumverteidigung, kritisiert jedoch den Kostenrahmen. Sowohl die 8 Milliarden wie auch das Budgetwachstum von 1,4 Prozent würden nicht ausreichen.

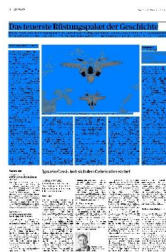




SP, Grüne und die GSoA sehen den Bundesratsentscheid als Missachtung des Volkswillens. Für sie ist deshalb eine referendumsfähige Vorlage zwingend. Für die SP sind Parmelins Pläne völlig überdimensioniert, da die F/A - 18 noch bis mindestens 2035 weiterfliegen könnten. Für die Armee sei nichts zu schön und zu teuer, während der Bundesrat bei Bildung und Entwicklungshilfe spare, kritisieren die Grünen.

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 08.11.2017, 23:03 Uhr



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
<https://www.tagesanzeiger.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 148'705  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 4  
Fläche: 79'555 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3007490  
Themen-Nr.: 330.003

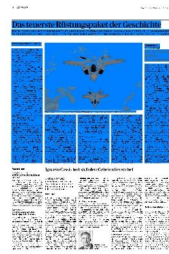
Referenz: 67361872  
Ausschnitt Seite: 1/3

## Das teuerste Rüstungspaket der Geschichte

Der Bundesrat stellt die Weichen für den Ersatz aller schweren Waffensysteme der Schweizer Armee. 8 Milliarden Franken reserviert er für die Luftwaffe, weitere 7 bis 8 Milliarden für das Heer. Ob das Volk darüber abstimmen kann, lässt die Landesregierung noch offen.



Das teuerste Kampfflugzeug der Welt: Auch den F-35 nimmt der Bundesrat in die engere Auswahl. Foto: Yonhap, Keystone, EPA



## Markus Häfliger und Markus Brotschi Bern

Es ist das grösste und teuerste Paket der Schweizer Militärgeschichte. Der Bundesrat hat am Mittwoch formell entschieden, 15 bis 16 Milliarden Franken in die Luftwaffe und die Bodentruppen zu investieren. Praktisch alle grossen Waffensysteme sollen ersetzt werden – und das innert nur einem Jahrzehnt: in den Jahren 2023 bis 2032.

Bis jetzt war vor allem von neuen Kampffjets und Flugabwehrraketen die Rede. Für diesen Teil der militärischen Einkaufsliste reserviert die Regierung nun 8 Milliarden. Doch die Rüstungspläne gehen viel weiter. Denn auch die Leopard-Panzer, Artilleriegeschütze und weitere Waffensysteme der Bodentruppen erreichen in den 2020er-Jahren das Ende ihrer Lebensdauer. Für die Bedürfnisse des Heeres plant der Bundesrat weitere 7 bis 8 Milliarden ein. Es gehe nicht nur um «die Zukunft der Luftverteidigung», sondern «der Armee als Ganzes», sagte Verteidigungsminister Guy Parmelin (SVP) vor den Medien.

Dem Entscheid waren kontroverse Diskussionen vorausgegangen. Im ersten Anlauf kam Parmelin Anfang September im Bundesrat nicht durch. Auch am Mittwoch meldeten sich erneut vier Bundesräte mit kritischen Mitberichten zu Wort, unter ihnen auch der Neuling Ignazio Cassis. Am Ende kürzte der Bundesrat den Finanzrahmen für die Luftverteidigung zwar von 9 auf 8 Milliarden. Trotz dieser Retusche ist der Entscheid aber ein grosser Erfolg für Parmelin.

### Ein Blankocheck?

Das Besondere daran ist, dass überhaupt nicht klar ist, welche und wie viele Jets, Raketen und andere Waffensysteme gekauft werden sollen. Kritiker wie die Gruppe für eine Schweiz ohne

Armee (GSoA) sprechen deshalb von einem «Blankocheck». Das Verteidigungsdepartement (VBS) hingegen wollte zuerst die finanziellen Rahmenbedingungen klären, bevor es die Detailplanung überhaupt in Angriff nimmt.

Als Erstes wird das VBS nun die Luftverteidigung planen und entscheiden, wie es die 8 Milliarden auf Flugzeuge und Fliegerabwehr verteilt. Laut einem Expertenbericht vom Mai 2017 reichen 8 Milliarden für rund 30 Jets sowie ein Raketensystem für 2 Milliarden. Nächstes Jahr wird das VBS nun fünf Kampffjethersteller einladen, Angebote zu unterbreiten. Mit dem F-35 von Lockheed-Martin ist auch das teuerste Kampfflugzeug der Welt im Rennen. Ausserdem kommen der Eurofighter von EADS, der Rafale von Dassault, der Gripen von Saab und die F/A-18 Super Hornet von Boeing zum Handkuss. Im Jahr 2020 will der Bundesrat einen von diesen fünf Typen auswählen, ab 2025 sollen dann die ersten Kampfflieger ausgeliefert werden.

Die grosse Frage ist, ob das Volk vorgängig darüber abstimmen kann. Parmelin wollte dies ermöglichen, indem er den 8-Milliarden-Budgetrahmen für die Luftverteidigung dem Parlament in Form eines Planungsbeschlusses unterbreitet. Dagegen könnte das Referendum ergriffen werden. Doch seine Kollegen verlangen nun, dass ihnen Parmelin Alternativen aufzeige – auch solche, die keine Abstimmung ermöglichen.

Der Bundesrat hat am Mittwoch auch die Frage beantwortet, wie die Grossinvestition finanziert werden soll. Normalerweise steht der Armee pro Jahr rund 1 Milliarde für Rüstungskäufe zur Verfügung. Bei Ausgaben von 16 Milliarden in zehn Jahren würden also 6 Milliarden fehlen. Diese zusätzlichen Mittel will der Bundesrat generieren, indem er das Mi-

litärbudget ab 2021 pro Jahr um real 1,4 Prozent pro Jahr anhebt. Damit werden die Verteidigungsausgaben von heute 5 Milliarden bis 2032 auf real 5,9 Milliarden Franken ansteigen.

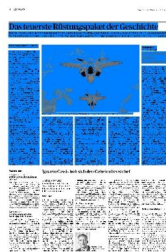
### Zu viel! Zu wenig!

Die Reaktionen auf diese Pläne fallen sehr kontrovers aus. FDP, SVP und die Offiziersgesellschaft zweifeln, ob der vorgesehene Kostenrahmen ausreicht. Die SVP begrüsst den Bundesratsentscheid als ersten Schritt. SVP-Nationalrat Werner Salzmann stellt als Bedingung, dass mindestens 50 bis 60 Jets beschafft werden. Salzmann kann mit einer Volksabstimmung über den Kredit zur Luftraumverteidigung leben. FDP-Nationalrat Walter Müller spricht von einer «halbherzigen Absichtserklärung».

Offenbar habe der Bundesrat 8 statt 9 Milliarden vorgesehen, um 1 Milliarde für die Olympischen Spiele in Sion freizumachen. Auch von der Idee einer referendumsfähigen Vorlage hält Müller nichts. Es handle sich um ein «selektives Finanzreferendum» für Rüstungskäufe.

Stefan Holenstein, Präsident der Offiziersgesellschaft, sieht den Beschluss zwar als Bekenntnis zur integrierten Luftraumverteidigung, kritisiert jedoch den Kostenrahmen. Sowohl die 8 Milliarden wie auch das Budgetwachstum von 1,4 Prozent würden nicht ausreichen.

SP, Grüne und die GSoA sehen den Bundesratsentscheid als Missachtung des Volkswillens. Für sie ist deshalb eine referendumsfähige Vorlage zwingend. Für die SP sind Parmelins Pläne völlig überdimensioniert, da die F/A-18 noch bis mindestens 2035 weiterfliegen könnten. Für die Armee sei nichts zu schön und zu teuer, während der Bundesrat bei Bildung und Entwicklungshilfe spare, kritisieren die Grünen.



## Kommentar

Von Daniel Foppa

# Guy Parmelins grösste Herausforderung

Jetzt geht es für die Luftwaffe um alles oder nichts. 2030 werden die letzten F/A-18 ausgemustert. Wird jetzt nicht die Beschaffung eines Nachfolgers initiiert, hat die Schweiz dann keine Kampffjets mehr. Nun mag man einwenden, das wäre nicht weiter schlimm, da auf absehbare Zeit kein militärischer Konflikt drohe. Wer so argumentiert, blendet aus, dass die Luftwaffe luftpolizeiliche Aufgaben übernimmt, die nicht delegiert werden können - zur Sicherung des Luftverkehrs und zum Schutz internationaler Konferenzen. Zudem macht es keinen Sinn, Bodentruppen auszubilden, ohne sie im Ernstfall aus der Luft schützen zu können.

Die Erneuerung der Luftwaffe ist also notwendig. Der Bundesrat will dafür 8 Milliarden Franken aufwenden - eine Milliarde weniger als

vom Verteidigungsminister beantragt. Die Reduktion erscheint sinnvoll, denn mit 8 Milliarden kann in etwa der Status quo gehalten werden. Ein Ausbau wäre weder sicherheitspolitisch notwendig noch finanzpolitisch vertretbar. Überrissen erscheinen hingegen die Milliarden, die der Bundesrat für schwere Waffen ausgeben will. Die Bedrohungslage liefert keine Argumente für solche Grossinvestitionen in Panzer und Haubitzen.

Verteidigungsminister Guy Parmelin steht vor der grössten Herausforderung seiner Karriere. Das Gripen-Fiasko von 2014 sollte ihm ebenso zu denken geben wie finanzpolitische Bedenken, die bis weit in bürgerliche Kreise reichen. Will Parmelin erfolgreich sein, muss er eine von Lobbyisten befeuerte Debatte zur Typenwahl vermeiden. Er muss darlegen, weshalb die Luftwaffe unverzichtbar ist, wieso es zu deren Erneuerung 8 Milliarden braucht und wie sie in die europäische Sicherheitsarchitektur eingebettet sein soll. Und er muss nach mehreren Beschaffungsplanen verlorenes Vertrauen wieder aufbauen. Dem Verteidigungsminister steht viel Arbeit bevor.

Home Suisse

08.11.2017, 19:36 Actualisé il y a 14 minutes

## Avions de combat: la droite satisfaite, la gauche pas, référendum en vue



Pour le GSsa, le montant de 8 milliards est un affront à la population qui a déjà refusé l'achat de Gripen en 2014. KEYSTONE (archives)

08.11.2017, 19:36 Actualisé il y a 14 minutes Avions de combat: la droite satisfaite, la gauche pas, référendum en vue

Armée - Alors que les partis de droite saluent la solution retenue mercredi par le Conseil fédéral pour renouveler la protection de l'espace aérien, la gauche s'y oppose. La menace du référendum est d'ores et déjà brandie.

A droite, les partis approuvent la décision prise mercredi par le Conseil fédéral d'allouer 8 milliards à l'achat de jets de combat et à nouveau système de défense sol - air. A gauche non.

Pour l'UDC, le choix du gouvernement est "un premier pas dans la bonne direction". La population suisse doit être protégée en tout temps, fait valoir le parti dans un communiqué, et pour ce faire des forces aériennes efficaces dotées d'avions en suffisance sont nécessaires. L'UDC doute cependant que le cadre budgétaire permette de financer les achats prévus.

Au PLR, Hugues Hiltpold se dit également satisfait: "C'est une bonne chose, car il s'agit de la variante intermédiaire", a déclaré à l'ats le conseiller national (PLR/GE), membre durant deux ans de la commission de la politique de sécurité. Considérant la proposition comme consensuelle, M. Hiltpold juge "raisonnable" l'enveloppe de 8 milliards de francs prévue.

Quant au PDC, il estime qu'une armée forte implique une défense aérienne performante. Prenant acte du choix du gouvernement, les démocrates - chrétiens sont néanmoins sceptiques quant à une éventuelle hausse du budget de l'armée juste après que le Parlement l'a augmenté à 5 milliards de francs par an. Ils demandent au Conseil fédéral de respecter ce budget.

La Société des officiers des Forces aériennes exprime sa préoccupation, car selon elle, les 8 milliards prévus ne suffisent pas pour assurer une protection crédible de l'espace aérien. Elle appelle donc le Conseil fédéral et le Parlement à prendre des mesures supplémentaires.

>> A lire aussi: Armée: 8 milliards au maximum pour les jets de combat et le sol - air





Express/Impartial Online

Arc Info  
2001 Neuchâtel  
032/ 723 53 01  
www.arcinfo.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 180'000  
Page Visits: 1'249'779



Auftrag: 3007490  
Themen-Nr.: 330.003

Referenz: 67367261  
Ausschnitt Seite: 2/2

## Référendum en vue

De son côté, le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) exige une proposition sur laquelle le peuple pourra se prononcer. Il se dit prêt, avec les Verts, à saisir le référendum contre ce "chèque en blanc" de plusieurs milliards.

Le Conseil fédéral fixe une enveloppe de 8 milliards alors qu'il n'a pas évalué le nombre et le type d'avions dont la Suisse a besoin, critique le GSsA dans un communiqué. Ce montant est "un affront" à l'égard de la population qui avait dit "non" à l'achat de 22 Gripen pour 3,1 milliards. Pour l'organisation, il est impératif qu'un projet concret soit proposé et qu'il soit soumis au référendum.

Les Verts s'opposent aussi fortement à la solution retenue. La dépense est "inutile" et "hors de prix", alors que le budget 2018 prévoit "des réductions dans des domaines essentiels, comme la formation, l'agriculture ou la coopération au développement", déplore la conseillère nationale genevoise Lisa Mazzone.

Le parti annonce un référendum et souhaite, comme le GSsA, que les citoyens puissent se prononcer sur un projet précis: il devrait comprendre notamment le type et le nombre d'avions, leur coût exact et les menaces auxquelles ils devront répondre.

## Scenarii irréalistes

Pour le PS, Guy Parmelin manque totalement sa cible. Sa proposition est basée sur des "scenarii irréalistes", et acquérir jusqu'à 40 nouveaux jets est "largement surdimensionné", réagissent les socialistes. L'Autriche, qui a une superficie deux fois supérieure à celle de la Suisse, se contente d'une flotte deux fois moins importante.

Rien ne justifie de procéder à une acquisition aussi "luxueuse", relève le PS. Les actuels F/A - 18 peuvent continuer à être utilisés jusqu'en 2035 au moins, voire 2040. Les 8 milliards sont donc un gaspillage. Alors que le peuple avait refusé de dépenser 3 milliards pour des Gripen en 2014, "le Conseil fédéral ose revenir avec une proposition presque trois fois plus onéreuse".

ATS



08.11.2017 21:20:44 SDA 0190bsf  
Suisse / Berne (ats)  
11000000, 11001000, 11006000, 11010000

## La droite satisfaite, la gauche pas - Référendum en vue

Alors que les partis de droite saluent la solution retenue mercredi par le Conseil fédéral pour renouveler la protection de l'espace aérien, la gauche s'y oppose. La menace du référendum est d'ores et déjà brandie.

Pour l'UDC, le choix du gouvernement est "un premier pas dans la bonne direction". La population suisse doit être protégée en tout temps, fait valoir le parti dans un communiqué, et pour ce faire des forces aériennes efficaces dotées d'avions en suffisance sont nécessaires. L'UDC doute cependant que le cadre budgétaire permette de financer les achats prévus.

Au PLR, Hugues Hiltbold se dit également satisfait: "C'est une bonne chose, car il s'agit de la variante intermédiaire", a déclaré à l'ats le conseiller national (PLR/GE), membre durant deux ans de la commission de la politique de sécurité. Considérant la proposition comme consensuelle, M. Hiltbold juge "raisonnable" l'enveloppe de 8 milliards de francs prévue.

Quant au PDC, il estime qu'une armée forte implique une défense aérienne performante. Prenant acte du choix du gouvernement, les démocrates-chrétiens sont néanmoins sceptiques quant à une éventuelle hausse du budget de l'armée juste après que le Parlement l'a augmenté à 5 milliards de francs par an. Ils demandent au Conseil fédéral de respecter ce budget.

La Société des officiers des Forces aériennes exprime sa préoccupation, car selon elle, les 8 milliards prévus ne suffisent pas pour assurer une protection crédible de l'espace aérien. Elle appelle donc le Conseil fédéral et le Parlement à prendre des mesures supplémentaires.

### Référendum en vue

De son côté, le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) exige une proposition sur laquelle le peuple pourra se prononcer. Il se dit prêt, avec les Verts, à saisir le référendum contre ce "chèque en blanc" de plusieurs milliards.

Le Conseil fédéral fixe une enveloppe de 8 milliards alors qu'il n'a pas évalué le nombre et le type d'avions dont la Suisse a besoin, critique le GSsA dans un communiqué. Ce montant est "un affront" à l'égard de la population qui avait dit "non" à l'achat de 22 Gripen pour 3,1 milliards. Pour l'organisation, il est impératif qu'un projet concret soit proposé et qu'il soit soumis au référendum.

Les Verts s'opposent aussi fortement à la solution retenue. La dépense est "inutile" et "hors de prix", alors que le budget 2018 prévoit "des réductions dans des domaines essentiels, comme la formation, l'agriculture ou la coopération au développement", déplore la conseillère nationale genevoise Lisa Mazzone.

Le parti annonce un référendum et souhaite, comme le GSsA, que les citoyens puissent se prononcer sur un projet précis: il devrait comprendre notamment le type et le nombre d'avions, leur coût exact et les menaces auxquelles ils devront répondre.

### Scenarii irréalistes

Pour le PS, Guy Parmelin manque totalement sa cible. Sa proposition est basée sur des "scenarii irréalistes", et acquérir jusqu'à 40 nouveaux jets est "largement surdimensionné", réagissent les socialistes. L'Autriche, qui a une superficie deux fois supérieure à celle de la Suisse, se contente d'une flotte deux fois moins importante.



Rien ne justifie de procéder à une acquisition aussi "luxueuse", relève le PS. Les actuels F/A-18 peuvent continuer à être utilisés jusqu'en 2035 au moins, voire 2040. Les 8 milliards sont donc un gaspillage. Alors que le peuple avait refusé de dépenser 3 milliards pour des Gripen en 2014, "le Conseil fédéral ose revenir avec une proposition presque trois fois plus onéreuse".

Home Suisse

08.11.2017, 19:36 Actualisé il y a 37 minutes

## Avions de combat: la droite satisfaite, la gauche pas, référendum en vue



Pour le GSsA, le montant de 8 milliards est un affront à la population qui a déjà refusé l'achat de Gripen en 2014. KEYSTONE (archives)

08.11.2017, 19:36 Actualisé il y a 37 minutes Avions de combat: la droite satisfaite, la gauche pas, référendum en vue

Armée - Alors que les partis de droite saluent la solution retenue mercredi par le Conseil fédéral pour renouveler la protection de l'espace aérien, la gauche s'y oppose. La menace du référendum est d'ores et déjà brandie.

A droite, les partis approuvent la décision prise mercredi par le Conseil fédéral d'allouer 8 milliards à l'achat de jets de combat et à nouveau système de défense sol - air. A gauche non.

Pour l'UDC, le choix du gouvernement est "un premier pas dans la bonne direction". La population suisse doit être protégée en tout temps, fait valoir le parti dans un communiqué, et pour ce faire des forces aériennes efficaces dotées d'avions en suffisance sont nécessaires. L'UDC doute cependant que le cadre budgétaire permette de financer les achats prévus.

Au PLR, Hugues Hiltpold se dit également satisfait: "C'est une bonne chose, car il s'agit de la variante intermédiaire", a déclaré à l'ats le conseiller national (PLR/GE), membre durant deux ans de la commission de la politique de sécurité. Considérant la proposition comme consensuelle, M. Hiltpold juge "raisonnable" l'enveloppe de 8 milliards de francs prévue.

Quant au PDC, il estime qu'une armée forte implique une défense aérienne performante. Prenant acte du choix du gouvernement, les démocrates - chrétiens sont néanmoins sceptiques quant à une éventuelle hausse du budget de l'armée juste après que le Parlement l'a augmenté à 5 milliards de francs par an. Ils demandent au Conseil fédéral de respecter ce budget.

La Société des officiers des Forces aériennes exprime sa préoccupation, car selon elle, les 8 milliards prévus ne suffisent pas pour assurer une protection crédible de l'espace aérien. Elle appelle donc le Conseil fédéral et le Parlement à prendre des mesures supplémentaires.

>> A lire aussi: Armée: 8 milliards au maximum pour les jets de combat et le sol - air



## Référendum en vue

De son côté, le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) exige une proposition sur laquelle le peuple pourra se prononcer. Il se dit prêt, avec les Verts, à saisir le référendum contre ce "chèque en blanc" de plusieurs milliards.

Le Conseil fédéral fixe une enveloppe de 8 milliards alors qu'il n'a pas évalué le nombre et le type d'avions dont la Suisse a besoin, critique le GSsA dans un communiqué. Ce montant est "un affront" à l'égard de la population qui avait dit "non" à l'achat de 22 Gripen pour 3,1 milliards. Pour l'organisation, il est impératif qu'un projet concret soit proposé et qu'il soit soumis au référendum.

Les Verts s'opposent aussi fortement à la solution retenue. La dépense est "inutile" et "hors de prix", alors que le budget 2018 prévoit "des réductions dans des domaines essentiels, comme la formation, l'agriculture ou la coopération au développement", déplore la conseillère nationale genevoise Lisa Mazzone.

Le parti annonce un référendum et souhaite, comme le GSsA, que les citoyens puissent se prononcer sur un projet précis: il devrait comprendre notamment le type et le nombre d'avions, leur coût exact et les menaces auxquelles ils devront répondre.

## Scenarii irréalistes

Pour le PS, Guy Parmelin manque totalement sa cible. Sa proposition est basée sur des "scenarii irréalistes", et acquérir jusqu'à 40 nouveaux jets est "largement surdimensionné", réagissent les socialistes. L'Autriche, qui a une superficie deux fois supérieure à celle de la Suisse, se contente d'une flotte deux fois moins importante.

Rien ne justifie de procéder à une acquisition aussi "luxueuse", relève le PS. Les actuels F/A - 18 peuvent continuer à être utilisés jusqu'en 2035 au moins, voire 2040. Les 8 milliards sont donc un gaspillage. Alors que le peuple avait refusé de dépenser 3 milliards pour des Gripen en 2014, "le Conseil fédéral ose revenir avec une proposition presque trois fois plus onéreuse".

ATS





## «Erneutes Hinschauen ist nötig»

### Zu «Rüstungsfirma hat Parlamentarier hinters Licht geführt»

Ausgabe vom 31. Oktober

Bundesbern kann sich glücklich schätzen, dass es immer noch echte Milizpolitiker gibt, die mit ihrer beruflichen Führungserfahrung und unternehmerischen Verantwortung in der Lage sind, solche haarsträubende VBS-Projekte zu hinterfragen und auszu-leuchten. Transportunternehmer und SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner fordert Transparenz. Leider wirken die sich häufenden Pannen mit Armeeprojekten nicht vertrauensbildend aus. Die verdampften 800 Millionen Steuergelder für das desolat ausgearbeitete Führungs- und Informationssystem der Armee, das infolge unsorgfältiger und sträflicher Umsetzung und Überforderung der VBS-Projektverantwortlichen gestoppt werden musste, lassen grüssen.

Nun die wirtschaftlich und investitionsmässig unsägliche Kampfwertsteigerung von 2200 Duro-Transportfahrzeugen für weit über 220 000 Franken pro Fahrzeug und mit einer halben Milliarde Projektkosten. Kommt dazu, dass der Auftrag unter der Hand im Filzmodus mit starkem Druck aus der Ostschweiz an die Mowag vergeben worden ist. Die CVP-Ständerätin Brigitte Häberli, eine ehemalige Flötenlehrerin, ist zufälligerweise Präsidentin der Mowag-Vorsorgestiftung. Die Modernisierungskosten sind bedeutend höher als der Anschaf-

fungspreis! Dazu kam der Skandal über die Stromversorgung der kampfwertgesteigerten Duros.

Erfreulicherweise waren damals linke wie rechte Parlamentarier über solche Vernebelungsaktionen erobert und forderten Transparenz. Leider ist dieses Geschäft mit Kosten von gegen einer halben Milliarde im Parlament gutgeheissen worden. Sollten sich solche Affären wiederholen, brauchen wir gar keine linken Armeeabschaffungskräfte mehr. Mit solchen Fehlschlägen schafft die Armee das Vertrauen in die Milizarmee ab, was in einer direkten Demokratie fatale Folgen bei Abstimmungen über die Armee haben wird. Die aktuelle und zukünftige Bedrohungslage brauchen andere sicherheitspolitische Massnahmen.

Terrorismus und Cyberwar benötigen schwerpunktmässige Abwehrinvestitionen. Die Schweiz kann in naher Zukunft durch Cyberangriffe im elektronischen Zeitalter ohne einen Schuss lahmgelegt und widerstandslos gemacht werden. Die USA, China, Russland und die Nato haben das begriffen. So haben russische Hacker in den USA ganze Stromnetze unterbrochen. Die Nato hat den Cyberangriff auf ein Mitgliedsland als Vertragsfall gemäss Artikel 5 des Nordatlantikpaktes als Kriegseintritt festgehalten. Die halbe Milliarde für den Duro, die bewilligten Mörser über 350 Millionen und die überdimensionierten Munitionskäufe sind Ausdruck eines veralteten Reutrikriegsbildes.

*Roger E. Schärer, Oberst a. D.,  
Alt-Präsident Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer,  
Feldmeilen*

Home Régions District de Morges

07.11.2017, 08:41 Actualisé il y a 3 minutes

## Le patron de l'entreprise Charrière devient brigadier à l'armée

Abonnés



L' Aubonnois a postulé pour devenir remplaçant, dès 2018, du commandant de la division territoriale 1, basée à Morges. CÉDRIC SANDOZ

07.11.2017, 08:41 Actualisé il y a 3 minutes Le patron de l'entreprise Charrière devient brigadier à l'armée

Par Jocelyne Laurent

AUBONNE - Yves Charrière, colonel de milice à l'armée, a été promu au rang de brigadier à compter du 1er janvier 2018.

Dès le 1er janvier 2018, Yves Charrière entrera au château de Morges et pourra arborer fièrement une étoile à son uniforme. L' Aubonnois de 49 ans, ingénieur électricien, patron de l'entreprise d'électricité Charrière et fils, a été promu au grade de brigadier.

Le Conseil fédéral l'a nommé, le 25 octobre, remplaçant du commandant de la division territoriale 1. Une nouvelle fonction de milice qui correspond à un 30%, délimitée dans le temps: elle prendra fin dans trois ans.

Une trentaine de...

Dès le 1er janvier 2018, Yves Charrière entrera au château de Morges et pourra arborer fièrement une étoile à son



uniforme. L' Aubonnois de 49 ans, ingénieur électricien, patron de l' entreprise d' électricité Charrière et fils, a été promu au grade de brigadier.

Le Conseil fédéral l' a nommé, le 25 octobre, remplaçant du commandant de la division territoriale 1. Une nouvelle fonction de milice qui correspond à un 30%, délimitée dans le temps: elle prendra fin dans trois ans.

Une trentaine de brigadiers

Pour les non-initiés au langage de la grande muette, brigadier se situe dans la hiérarchie militaire juste en - dessous du commandant de corps et du divisionnaire, soit trois grades élevés au rang d' officier général de l' armée. En Suisse, les brigadiers sont un peu plus de trente.

"C' est autant un honneur, une joie immense qu' un sentiment de réussite, mais je prends aussi la mesure de la responsabilité qui m' attend"

« Comme officier de milice, je suis au sommet de ce que la hiérarchie de l' armée de milice peut m' apporter. C' est autant un honneur, une joie immense qu' un sentiment de réussite, mais je prends aussi la mesure de la responsabilité qui m' attend », réagit le colonel aubonnois qui est également président de la Société vaudoise des officiers.

Davantage d'hommes

Le poste de suppléant du divisionnaire était occupé jusque-là par un colonel. Mais, en vue de l' entrée en vigueur du développement de l' armée, le Conseil fédéral a procédé à quelques modifications. Dont la nomination, sur postulation, de quatre brigadiers de milice à la tête des quatre divisions territoriales.

La région territoriale 1, basée à Morges, deviendra la division territoriale 1 et sera dotée de davantage d' hommes (ils sont 3500 actuellement). Elle assure l' ancrage régional de l' armée en Suisse occidentale et représente les sept cantons suisses romands et celui de Berne.

"J' aime autant la conduite des hommes – je suis un commandant dans l' âme – que les relations avec les politiques"

Forte de quatre bataillons, elle garantit notamment l' appui aux autorités civiles, sur demande des cantons, dans le domaine de la sécurité et en cas de catastrophe. On se souvient de la mission d' abreuver les vaches dans le Jura en 2016 ou de l' accident de train à Daillens.

Engagé dans la cité

Pour l' heure, Yves Charrière ne connaît pas encore le détail de son cahier des charges. Les discussions débutent maintenant avec Yvon Langel, futur commandant de la division.

« J' aimerais avoir un panel de tâches le plus élargi possible, j' aime autant la conduite des hommes – je suis un commandant dans l' âme – que les relations avec les politiques », témoigne celui qui est actuellement vice - président du Conseil communal. Un mandat dans un législatif qui ne s' oppose en rien à sa récente nomination, ce qui lui a été confirmé par le chef de l' armée lui - même lors d' un entretien de service.

Yves Charrière a déjà plus de trente ans de carrière militaire à son actif. Le colonel a donc déjà eu l' occasion de concilier vie militaire et professionnelle. Pour cette nouvelle mission, il va réorganiser la gouvernance de son entreprise, dont il est à la tête depuis dix - huit ans, conservant la direction administrative et financière



essentiellement, mais plus la conduite des chantiers.

Vous avez lu gratuitement

une partie de l'article.

Pour lire la suite :

Profitez de notre offre numérique dès Fr 2. - le 1er mois

et bénéficiez d'un accès complet à tous nos contenus Je profite de l'offre ! Déjà abonné ?



Home Régions District de Morges

07.11.2017, 00:01

## Yves Charrière prend du galon

Abonnés



L ' Aubonnois a postulé pour devenir remplaçant, dès 2018, du commandant de la division territoriale 1, basée à Morges. CÉDRIC SANDOZ

07.11.2017, 00:01 Yves Charrière prend du galon

Par Jocelyne Laurent

AUBONNE - Yves Charrière, colonel de milice à l ' armée, a été promu au rang de brigadier à compter du 1er janvier 2018.

Jocelyne Laurent

jocelyne.laurent@lacote.ch

Dès le 1er janvier 2018, Yves Charrière entrera au château de Morges et pourra arborer fièrement une étoile à son uniforme. L ' Aubonnois de 49 ans, ingénieur électricien, patron de l ' entreprise d ' électricité Charrière et fils, a été promu au grade de brigadier. Le Conseil fédéral l ' a nommé, le...

Jocelyne Laurent





jocelyne.laurent@lacote.ch

Dès le 1er janvier 2018, Yves Charrière entrera au château de Morges et pourra arborer fièrement une étoile à son uniforme. L' Aubonnois de 49 ans, ingénieur électricien, patron de l' entreprise d' électricité Charrière et fils, a été promu au grade de brigadier. Le Conseil fédéral l' a nommé, le 25 octobre, remplaçant du commandant de la division territoriale 1. Une nouvelle fonction de milice qui correspond à un 30%, délimitée dans le temps: elle prendra fin dans trois ans.

Pour les non - initiés au langage de la grande muette, brigadier se situe dans la hiérarchie militaire juste en - dessous du commandant de corps et du divisionnaire, soit trois grades élevés au rang d' officier général de l' armée. En Suisse, les brigadiers sont un peu plus de trente. « Comme officier de milice, je suis au sommet de ce que la hiérarchie de l' armée de milice peut m' apporter. C' est autant un honneur, une joie immense qu' un sentiment de réussite, mais je prends aussi la mesure de la responsabilité qui m' attend », réagit le colonel aubonnois qui est également président de la Société vaudoise des officiers.

Le poste de suppléant du divisionnaire était occupé jusque - là par un colonel. Mais, en vue de l' entrée en vigueur du développement de l' armée, le Conseil fédéral a procédé à quelques modifications. Dont la nomination, sur postulation, de quatre brigadiers de milice à la tête des quatre divisions territoriales. La région territoriale 1, basée à Morges, deviendra la division territoriale 1 et sera dotée de davantage d' hommes (ils sont 3500 actuellement). Elle assure l' ancrage régional de l' armée en Suisse occidentale et représente les sept cantons suisses romands et celui de Berne. Forte de quatre bataillons, elle garantit notamment l' appui aux autorités civiles, sur demande des cantons, dans le domaine de la sécurité et en cas de catastrophe. On se souvient de la mission d' abreuver les vaches dans le Jura en 2016 ou de l' accident de train à Daillens.

Engagé dans la cité

Pour l' heure, Yves Charrière ne connaît pas encore le détail de son cahier des charges. Les discussions débutent maintenant avec Yvon Langel, futur commandant de la division. « J' aimerais avoir un panel de tâches le plus élargi possible, j' aime autant la conduite des hommes – je suis un commandant dans l' âme – que les relations avec les politiques », témoigne celui qui est actuellement vice - président du Conseil communal. Un mandat dans un législatif qui ne s' oppose en rien à sa récente nomination, ce qui lui a été confirmé par le chef de l' armée lui - même lors d' un entretien de service.

Yves Charrière a déjà plus de trente ans de carrière militaire à son actif. Le colonel a donc déjà eu l' occasion de concilier vie militaire et professionnelle. Pour cette nouvelle mission, il va réorganiser la gouvernance de son entreprise, dont il est à la tête depuis dix - huit ans, conservant la direction administrative et financière essentiellement, mais plus la conduite des chantiers.

Vous avez lu gratuitement

une partie de l'article.

Pour lire la suite :

Profitez de notre offre numérique dès Fr 2. - le 1er mois

et bénéficiez d'un accès complet à tous nos contenus Je profite de l'offre ! Déjà abonné ?